



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

5300 Bonn 2, 6. Juli 1981

Gotenstrasse 156

Postfach 2008 46

Telefon (0228) 37 66 55

Ref.: 380.0 - SR/be

PB Nr. 29/81

an								a/a
Datum								
Visa								
EDA								
Ref. p. A. 21. 31.								

Friedensbewegung und "Krefelder Appell"-Rolle der DKP

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik hat in den letzten Monaten beträchtliche Formen angenommen. Mehr als 800'000 Personen haben den "Krefelder Appell" gegen die Nachrüstung unterzeichnet, in Bonn und Berlin gab es Demonstrations-Versammlungen von 25'000 resp. 40'000 Sympathisanten der Parolen "lieber rot als tot" oder "lieber rosa statt tot". Der evangelische Kirchentag in Hamburg schliesslich vermittelte gegen aussen den Eindruck, als sei den 120'000 Teilnehmern der verbale Protest gegen die Raketenrüstung wichtiger als die Beschäftigung mit kirchenspezifischen Themen.

Der Massenprotest gegen Atomwaffen und Wettrüsten lässt drei Hauptgruppen von Agitatoren erkennen:

- Die Grünen und der Bundesverband Bürgerinitiative Umweltschutz kamen via Kernkraft-Ablehnung zum Atomwaffenpazifismus. Ihre "Friedensstrategien" zeichnen - wie ihre Politik an sich - eine gewisse Phantasie, leicht ironisierender Witz und zuweilen ein Zug Frechheit aus.
- Die Christen. Viele unter ihnen leiten Berechtigung und Verpflichtung, für die Friedensbewegung einzustehen, von der Bergpredigt ab. Drei Initiativen sind erwähnenswert: "Christen für die Abrüstung" (1976 gegründet), "Ohne Rüstung leben" (1978 gegründet) sowie "Frieden schaffen ohne Waffen" (veranstaltete 1980 eine deutsche Friedenswoche). Auffallend ist, dass diese "Abrüstungsbestrebungen" zum Teil schon seit Jahren im Gang und nicht etwa erst in der gegenwärtigen Pazifismuswelle entstanden sind.
- Die "Linken" umfassen Teile der SPD, die Mehrheit der Jungsozialisten, einen Teil der Jungdemokraten, der Gewerkschaftsjugend, der Kriegsdienstgegner, die Kommunisten aller Art. Dieser Zweig der Friedensbewegung ist der politisch bedeutsamste, weil er unmittelbar in die Regierungsparteien hineinwirkt.

./.

- 2 -

Vervollständigt wird die ausserparlamentarische Volksbewegung für Frieden und gegen Rüstung durch Feministinnen (z.B. die SPD-Frauenorganisation), Friedensforscher sowie pikanterweise durch einen ehemaligen Panzergeneral der Bundeswehr.

Weitaus den grössten Zulauf erhielt der "Krefelder Appell" vom 16. November 1980. Die Erklärung, die einen fünfköpfigen Initiatorenkreis, darunter drei führende Mitglieder orthodox-kommunistisch beeinflusster Organisationen hat, steht unter dem Motto: "Der Atomtod bedroht uns alle - keine Atomraketen in Europa". In ihm wird an die Bundesregierung appelliert, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa zurückzuziehen sowie im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, welche die Bundesrepublik nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen. Der Nachrüstungsbeschluss der NATO vom 12. Dezember 1979 wird als "verhängnisvolle Fehlentscheidung" qualifiziert.

Bisher haben etwas mehr als 800'000, zum Teil höchst honorige Leute, den Appell unterzeichnet. Seit einigen Wochen allerdings scheint die Unterschriftenwelle etwas abzuflauen. Prominente Gegner der Nachrüstung haben öffentlich begründet, wieso sie den Appell nicht unterstützen. Erhard Eppler, der wohl profilierteste unter ihnen innerhalb der SPD, spricht für viele, wenn er in einem zu grossen Erfolg des Appells eine Gefahr für die seiner Ansicht nach anzustrebende Pluralität und Mehrheitsfähigkeit der Friedensbewegung wittert. Er sieht in ihm zuviel "billigen Antiamerikanismus" und "zu viele Leute, die der anderen grossen Weltmacht noch nie ein Nein entgegengesetzt haben und auch nicht die Absicht haben, dies jemals zu tun".

Dieser Hinweis auf kommunistische Einflüsse in der Bewegung des "Krefelder Appells" entbehrt nicht der Berechtigung. Die kommunistische Urheber- und Nutzniesserschaft der Aktion muss aufgrund der Antwort der Bundesregierung vom 22. Mai 1981 auf eine kleine Anfrage aus Kreisen der Opposition, die als Bundestags-Drucksache 9/466 beiliegt, als eindeutig erwiesen betrachtet werden. Dass der Appell auch in der Gewerkschaftsbewegung grosses Echo gefunden hat, ist ausführlich im ebenfalls beiliegenden FAZ-Artikel vom 30. Juni 1981 beschrieben.

./.

- 3 -

Es ist gelegentlich gesagt worden, die Anti-Raketen-Bewegung sei schon viel zu gross geworden, als dass sie sich noch von den Subversionsstrategen im Kreml manipulieren liesse. Ob diese Prognose sich nicht als allzu optimistisch herausstellen wird, muss sich erst erweisen.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



(M. Gelzer)

2 Beilagen erwähnt

Mitglieder des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP, sowie Rudi Hechler, Stadtverordneter der DKP in Mörfelden-Walldorf, zu den Teilnehmern des Forums.

- b) Hermann Gautier, Stellvertretender Parteivorsitzender der DKP, erklärte in einem Interview mit UZ: „Wir Kommunisten unterstützen mit all unserer Kraft die Unterschriftenkampagne unter den Krefelder Appell. Dies ist die entscheidende Aufgabe für die ganze Partei – auch in der Woche der DKP“ (UZ vom 12. Januar 1981).
- c) Außer den DKP-Nebenorganisationen „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB) unterstützen auch DKP-beeinflußte Organisationen die Kampagne der DKP.

Zu erwähnen sind hier neben der DFU und der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK) das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ), die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) und die „Demokratische Fraueninitiative“ (DFI).

4. Was wird die Bundesregierung über die Beantwortung dieser Anfrage hinaus tun, um zu erreichen, daß möglichst kein Bürger deshalb den „Krefelder Appell“ durch seine Unterschrift unterstützt, weil er nicht ausreichend Gelegenheit hatte, sich über die kommunistische Urheber- und Nutznießerschaft der Aktion zu unterrichten?

Die Bundesregierung hat jede Gelegenheit zur Aufklärung genutzt und wird dies auch in Zukunft tun.

So berichtet der vom Bundesminister des Innern herausgegebene Informationsdienst „Innere Sicherheit“ in seiner letzten Ausgabe über die Verstärkung des „antimilitaristischen Kampfes“ der DKP im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß. Auch der Verfassungsschutzbericht 1980 wird eine Darstellung darüber enthalten und dabei ausdrücklich auf den „Krefelder Appell“ eingehen.

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Dregger, Spranger, Dr. Wörner, Würzbach, Vogel (Ennepetal), Dr. Marx, Dr. Miltner, Dr. Jentsch (Wiesbaden), Dr. Warnke, Hauser (Krefeld) und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/296 —

Krefelder Appell „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa“

Der Bundesminister des Innern – I S 2 – 614 247 II – hat mit Schreiben vom 22. Mai 1981 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung

Über Hintergründe und Ziele der Politik der DKP wird im jährlichen Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung ausführlich berichtet. Dies gilt für ihre Aktivitäten zum Thema „Abrüstung und Frieden“, die bei der Darstellung der orthodox-kommunistischen Politik in jedem bisher erschienenen Verfassungsschutzbericht behandelt worden sind. Auch der Verfassungsschutzbericht 1979 geht auf die orthodox-kommunistische Abrüstungskampagne ein, deren Ziel es ist, den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 zu verhindern. Er berichtet gleichfalls über die Unterstützung der DKP-Ziele durch DKP-beeinflußte Organisationen. Auf diese Berichte wird Bezug genommen.

Die Bürger und demokratischen Organisationen unseres Landes haben sich gegenüber orthodox-kommunistisch inspirierten und gelenkten Beeinflussungsversuchen im wesentlichen ablehnend verhalten. Sie haben erkannt, daß es der DKP und den von ihr beeinflussten Organisationen weniger um die Sache als darum geht, mit ihren Kampagnen „Bündnisse“ herzustellen und so ihrer Politik eine breitere Wirkung und mehr Gewicht zu verschaffen, als ihr im politischen Kräftefeld der Bundesrepublik Deutschland zukommt. Auch mit ihrer Beteiligung am „Krefelder Appell“ verfolgt die DKP das Ziel, die in der demokratischen Öffentlichkeit geführte Diskussion über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des NATO-Doppelbeschlusses einseitig im Sinne der Politik der Sowjetunion zu beeinflussen, als deren kritiklose Interessenvertretung die DKP sich selbst versteht.

Die Bundesregierung hat ihre Verteidigungspolitik im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit wiederholt dargelegt. So hat der Bundeskanzler in der Regierungserklärung vom 7. Mai 1981 festgestellt, daß der sog. Doppelbeschluß vom Dezember 1979 „ein wesentliches Element“ der Politik dieser Regierung ist und daß es „keinen anderen Weg“ gibt, „auf dem wir, etwa unter geringerem Risiko, langfristig unseren Frieden ebenso sichern können wie unsere Entschlußfreiheit, d. h. unsere Freiheit schlechthin“.

Die Bundesregierung wird das Parlament und die Öffentlichkeit auch weiter sachlich unterrichten und dabei besonderen Wert darauf legen, jene Bürger zu überzeugen, die trotz der für sie unübersehbaren Mitwirkung kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen bereit sein könnten, ihre Kritik am NATO-Doppelbeschluß durch Unterstützung des „Krefelder Appells“ auszudrücken.

1. Trifft es zu, daß das „Krefelder Forum“ im wesentlichen von der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union (DFU) vorbereitet und organisiert worden ist?

Ist es richtig, daß in diesem Zusammenhang

- a) das Direktorium der DFU am 4. Dezember 1979 mit dem Präsidium der DKP Aktionen gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß erörterte und bald darauf erklärte: „Die Sowjetunion und ihre Verbündeten können und werden – das lehrt die Erfahrung – eine solche gravierende Verschiebung des militärischen Gleichgewichts nicht hinnehmen. . . . Wir appellieren an alle friedliebenden und patriotischen Kräfte dieses Landes, diesen Beschluß nicht widerstandslos hinzunehmen“;
- b) die DFU vom 29. Januar bis 4. Februar 1980 auf Einladung des sowjetischen „Komitees zum Schutze des Friedens“ eine Delegation in die Sowjetunion entsandte, die dort mit der sowjetischen Seite Übereinstimmung über den „besonders gravierenden“ NATO-Beschluß und die Notwendigkeit erzielte, daß dagegen die „Anstrengungen aller Friedenskräfte verstärkt werden müßten“;
- c) das Direktorium der DFU Mitte Mai 1980 eine Abordnung zu Gesprächen mit dem DDR-Friedensrat entsandte und dort Übereinstimmung erzielte, „es sei das Gebot der Stunde, mit neuen Aktionen im Zusammenwirken aller Friedenskräfte, aller Kriegs- und Rüstungsgegner die Verwirklichung des Brüsseler NATO-Raketenbeschlusses zu verhindern“;
- d) das Direktorium der DFU unmittelbar nach dieser DDR-Konsultation am 20. Mai wiederum mit dem DKP-Präsidium zusammentraf, um neuerliche Aktionen gegen den NATO-Beschluß zu erörtern;
- e) die DFU in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Veröffentlichungen im weiteren Verlauf des vergangenen Jahres gegen den NATO-Beschluß agitierte und schließlich wenige Stunden vor dem „Krefelder Forum“ im benachbarten Duisburg ihren 9. ordentlichen Unionstag abhielt, von wo ein Großteil der Delegierten sogleich nach Krefeld wechselte?

Nach einem im „pressdienst DFU“ vom 15. September 1980 veröffentlichten Kommuniké über die Sitzung des Bundesvorstands der DFU am 13. September 1980 hat der Bundesvorstand der DFU dort beschlossen, am 15./16. November 1980 in Krefeld ein Forum zu veranstalten, „auf dem alle, die die Sorge teilen, miteinander beraten und nach Möglichkeiten suchen, wie der Gefahr eines Atomkrieges begegnet werden kann. Dazu verabschiedete er einen 'Aufruf zum Gespräch'“. Im Oktober 1980 wandte sich dann ein fünfköpfiger Initiatorenkreis, darunter drei

führende Mitglieder orthodox-kommunistisch beeinflusster Organisationen, unter dem Motto „Der Atomtod bedroht uns alle“ an die Öffentlichkeit und schlug vor, am 15./16. November 1980 zu einem Forum zusammenzukommen. Am 16. November 1980 wurde die als „Krefelder Appell“ bekannte Erklärung der Initiatoren vorgestellt, als deren „Träger“ die Initiatoren sowie drei weitere Personen auftraten.

Die in Frageform gehaltenen Ausführungen 1. a) bis e) sind zutreffend.

2. Trifft es zu, daß der „Krefelder Appell“ sich allein gegen den NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 richtet, ohne auch nur ansatzweise eine vergleichbare Aufforderung zur Rüstungsbegrenzung an die Warschauer Pakt-Staaten oder die Sowjetunion zu richten?

Im „Krefelder Appell“ wird an die Bundesregierung appelliert, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Europa zurückzuziehen; im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen“.

Zur Begründung des Appells wird ausgeführt, der Nachrüstungsbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 erweise sich als „verhängnisvolle Fehlentscheidung“. Die Erwartung, „wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen“.

In einem mit den Initiatoren des Krefelder Forums abgestimmten Text des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) heißt es im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) vom 11. Dezember 1980: „Der Atomtod bedroht uns alle – Keine neuen Atomraketen in Europa – Beendet das Wettrüsten in Ost und West“.

3. Ist es richtig, daß die DKP
 - a) sich unmittelbar aktiv am „Krefelder Forum“ beteiligt hat, z. B. durch die Beteiligung ihres Parteivorstandsmitgliedes Peter Tümmers als Redner;
 - b) die Unterschriftenkampagne für den „Krefelder Appell“ als „die entscheidende Aufgabe für die ganze Partei“ bezeichnet und behandelt;
 - c) mindestens eine erhebliche Zahl der von ihr beeinflussten Organisationen, wie die VVN/BdA, das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, die DFG/VK zur Unterstützung der Kampagne veranlaßt?

- a) Das Mitglied des DKP-Parteivorstandes Peter Tümmers gehörte dem Präsidium des Forums an und trat als Redner auf. Weiterhin gehörten Martha Buschmann und Kurt Erlebach, beide



Frankfurter Allgemeine Zeitung 30. Juni 1981

Im Notfall auch mit Kommunisten

Infiltrationsversuche des DGB am Beispiel des „Krefelder Appells“ / Von Ernst Günter Vetter

Der sogenannte „Krefelder Appell“, unter dem inzwischen mehr als achthunderttausend Unterschriften stehen, ist in den Gewerkschaften heiß umstritten. Das Schriftstück richtet sich als „Friedensinitiative“ gegen Aufrüstung und Nachrüstung; es ist ein einseitiger Angriff auf Bemühungen des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten, ein Rüstungsgleichgewicht mit der Sowjetunion herzustellen. Die Rüstung der Sowjetunion und deren Überlegenheit bei Mittelstreckenraketen, die auf Westeuropa zielen, werden in dem Appell nicht erwähnt.

In der Zeitung der Gewerkschaft Bergbau und Energie, „Einheit“, war vor mehreren Wochen zu lesen, daß der „Krefelder Appell“ eine taktische Meisterleistung der Kommunistischen Partei sei. Der Chefredakteur der Zeitung, Horst Niggemeyer, hat vor kurzem in einem Aufsatz im „Sozialdemokratischen Pressedienst“ ergänzend festgestellt, der Vorstand der Deutschen Kommunistischen Partei habe am 6. Januar alle DKP-Mitglieder aufgefordert, „unverzüglich mit der Sammlung von Unterschriften zu beginnen“. Die DKP war als Absender auf den Unterschriftenlisten nicht in Erscheinung getreten. Erst als sich ein Erfolg der kommunistischen Initiative abzeichnete, hat sich der Vorsitzende der DKP, Mies, Anfang April an die Spitze eines Demonstrationzuges gestellt, um den „Krefelder Appell“ — wie Niggemeyer ausführt — zusammen mit einer bunt zusammengewürfelten Schar von Protestierern den notwendigen Bekanntheitsgrad zu verschaffen.

Die Kalkulation der Kommunisten, es könne ihnen gelingen, eine politisch labile Schicht innerhalb der Gewerkschaften zu mobilisieren, scheint aufzugehen. Aus Veröffentlichungen der Gewerkschaftsjugend des DGB und den Jugendverbänden einzelner Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, weiß man, daß diese Vereinigungen in Abrüstungsfragen vorwiegend die Vereinigten Staaten und deren Verteidigungspolitik auf Korn nehmen, hingegen das überlegene russische Waffenpotential entweder überhaupt nicht oder nur in belanglosen Nebensätzen erwähnen. Es wird offenbar nicht zur Kenntnis genommen, daß der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, auf dem 4. außerordentlichen Bundeskongreß zu Beginn dieses Jahres den Delegierten zugerufen hatte, jeder, der nur eine Reduzierung der Rüstungspotentiale auf einer Seite fordere, sei unehrlich und unrealistisch.

Für den Erfolg der kommunistischen Initiative kann eine Diskussion innerhalb der Postgewerkschaft als sympto-

matisch angesehen werden. In der Gewerkschaftszeitung „Deutsche Post“ war im Mai eine Diskussion angeregt worden, zu deren Einleitung der Chefredakteur der Zeitung, Klaus Dieter Zemlin, geschrieben hatte, daß der von der DKP und ihrer Jugendorganisation SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) gesteuerte „Krefelder Appell“ geradezu dummdreist anmute. Die Antwort der Gewerkschaften auf den plumpen Versuch, „unseren Willen zum Frieden so zu manipulieren“, müsse lauten: „Es gibt auch in dieser wichtigen Frage kein Aktionsbündnis mit Kommunisten.“ Zemlin hatte gefordert, den „Krefelder Appell“ nicht zu unterstützen.

In der jüngsten Ausgabe der Zeitung der Post-Gewerkschaft werden nun auf vier Druckseiten etwa dreißig Briefe

Diffamierung und Unterstellung zurückgewiesen. Wer die Kommunisten ins Spiel bringe, betreibe die Interessen der „Reaktion“. „Wer hinter allem bloß Kommunisten wittert, tut den Gewerkschaftsgedanken keinen Gefallen.“ Die Abwehr des „Krefelder Appells“ und der Hinweis auf die kommunistischen Ursprünge werde nur deswegen betrieben, weil dieser Appell „unbequem“ sei.

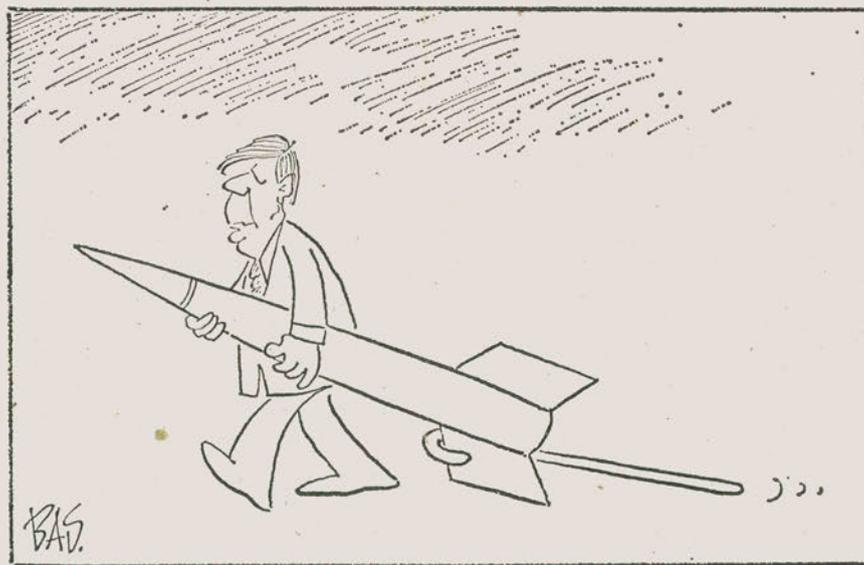
Die Zuschriften zeigen, daß es sich beim „Krefelder Appell“ um eine taktische Meisterleistung gehandelt hat. Das Echo, das er in der Gewerkschaftsbewegung gefunden hat, gibt Aufschluß über ein Meinungspotential, das die Kommunisten für ihre Zwecke mobilisieren können. Niggemeyer kommt in seinem Aufsatz zu dem Ergebnis, daß der „Krefelder Appell“ eines der In-

gewehrt. Die offene Flanke ist immer wieder die IG Metall.

Kein Wunder, daß ein Aufsatz aus der Zeitschrift dieser Gewerkschaft, der sich ähnlich wie der „Krefelder Appell“ gegen alle Nachrüstungsbeschlüsse wendet, neben der Erklärung der DGB-Jugend zur Abrüstung in der kommunistischen Zeitung „Nachrichten“ im Wortlaut abgedruckt wird. Diese Veröffentlichung ist allein schon deswegen nicht ohne Pikanterie, weil sie den Eindruck erwecken muß, die Äußerungen aus dem DGB wollten eine „Richtlinie des DGB-Vorstandes zur Sammlung von Unterschriften im Gewerkschaftsbereich“ unterlaufen. Die Richtlinie erwähnt zwar nicht ausdrücklich den „Krefelder Appell“, wendet sich aber gegen Versuche, durch Unterschriftensammlungen auch innerhalb der Gewerkschaften „den irreführenden Anschein einer gewerkschaftlichen Meinungs- oder Willenskundgebung hervorzurufen“.

Die sich mit Gewerkschaftsfragen beschäftigende Monatsschrift „Nachrichten“ wertet die Richtlinie als eine Rücksichtnahme der DGB-Spitze auf die Regierung Schmidt/Genscher, der Aktionen wie der „Krefelder Appell“ nicht in ihr Konzept paßten. In demselben Bericht der kommunistisch beeinflussten Zeitschrift werden Stimmen (wiederum aus der IG Metall) zitiert, die mit der Zustimmung des IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer zu der Richtlinie des DGB-Vorstandes unzufrieden sind; es wird auf Verlautbarungen der Konferenz des IG-Metall-Betriebsrats Frankfurt hingewiesen, die „keinerlei Verständnis“ für den Versuch des DGB-Bundesvorstandes bekundete, „die Unterschriften von Mitgliedern und Funktionären zu Bürgerinitiativen oder gesellschaftspolitischen Willenserklärungen per Richtlinie zu reglementieren“. Das ist nach der Meinung dieser Gewerkschaftler ein Versuch, „Gewerkschaftsmitglieder politisch zu entmündigen und somit von kritischen Initiativen zu trennen“. Ähnliche Meinungsäußerungen werden aus der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zitiert.

Die Kommunisten haben mit dem „Krefelder Appell“ einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erzielt. Sie haben ihn vor allem der politischen Labilität in weiten Teilen der Gewerkschaften zu verdanken. Die Gewerkschaftsführungen werden sich daher des Themas kommunistischer Infiltration energischer als bisher annehmen müssen. Wie notwendig Abwehr ist, zeigt nicht zuletzt der Plan der Kommunisten, den sogenannten „Antikriegstag“ am 1. September als einem „gewerkschaftlichen Aktionstag“ ein besonderes Gewicht zu verleihen.



gegen die von Zemlin ausgesprochene Warnung abgedruckt. Alle Schreiber stellen sich hinter den „Krefelder Appell“; einige erheben schwere persönliche Angriffe gegen Zemlin. Sie beziehen sich zwar auf DGB-Resolutionen, die die Aufrüstung verurteilen, lassen allerdings diejenigen Passagen weg, die sich auch gegen die Sowjetunion richten.

Auch in diesen Briefen taucht wieder die für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in Gewerkschaftsfragen typische Begründung auf, daß immer dann, wenn es um wesentliche Dinge gehe, auch mit Kommunisten zusammengearbeitet werden müsse. Der Hinweis auf die kommunistischen Initiatoren des „Krefelder Appells“ wird als

strumente sei, mit dem der Krenl das Ziel erreichen wolle, den westlichen Verteidigungswillen zu lähmen und die Nachrüstung zu stoppen.

Der Grund für die erstaunlich große Zahl von Sympathisanten für den „Krefelder Appell“, die im Deutschen Gewerkschaftsbund zu finden sind, ist auf der einen Seite das Vordringen der zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereiten Kräften in der SPD, andererseits aber auch die mangelnde Aufklärung und die zu lasche Abwehr einer kommunistischen Infiltration der Gewerkschaften. Vor allem die Bergbau-Gewerkschaft, die IG Textil und auch die IG Chemie und die Baugewerkschaft haben sich rechtzeitig und energisch gegen die Gefahr erfolgreich

teuergerechtigkeit?

Dies wird in den allerwenigsten Fällen möglich sein, vor allem, wenn mehrere Familienmitglieder in verschiedenen Orten berufstätig sind. Zudem ist der finanzielle Anreiz der Kilometerpauschale (auch nach Anhebung) verhältnismäßig gering, so daß ihr die von Vaubel beklagten Störungen der Regionalplanung nicht angelastet werden sollten. Auch nach einer Erhöhung der Kilometerpauschale für Pendler auf 36 Pfennig je Kilometer müßte der Durchschnittsverdiener immer noch 86 Prozent seiner Fahrtkosten selbst tragen.

Die Subventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs geht da viel weiter, werden doch im Durchschnitt nur 27 Prozent der Fahrtkosten über die Fahrkartenpreise angelastet. Hinzu kommt noch die Absetzbarkeit der Fahrtkosten bei Lohn- oder Einkommensteuer. Daß es außerdem noch eine Reihe weiterer Gründe für die Beibehaltung und Anpassung der Kilometerpauschale gibt und die üblicherweise dagegen vorgebrachten Einwände (Zunahme der Zahl der Pendler) wenig stichhaltig sind, hat das Karl Bräuer Institut in seiner Analyse: Besteuerung des Straßenverkehrs — ohne Maß und ohne Grenzen? eingehend dargelegt.

Lothar Schemmel,
Karl-Bräuer-Institut, Wiesbaden

das Öffentliche

Umgangsformen, die im Zeichen der gar nicht so „neuen Innerlichkeit“ oft als überlebte Heuchelei diskriminiert oder einfach abgelegt werden, ohne zu bedenken, daß sie auch dazu dienen, ein relativ gewaltfreies Mit- und Gegeneinander in der Öffentlichkeit zu garantieren, findet seine Bestätigung sowohl in der Sprachlosigkeit zwischen den Generationen als auch in dem Verfall dessen, was man politische Kultur zu nennen pflegt, im Umgangston und den Konfliktformen zwischen politischen Parteien und Gruppen, die ihre jeweilige „Innerlichkeit“ verabsolutieren und damit einen Konsens über Grundwerte der Öffentlichkeit verhindern.

Sicherlich hat die Trennung des Bereichs des Privaten von dem der Öffentlichkeit, wie sie sich seit der Frühen Neuzeit durchsetzte, ihren politischen Preis gekostet und etwa dem Provinzialismus und der Sentimentalität Vorschub geleistet. Die Frage ist aber erlaubt, ob die Kosten, die unsere Gesellschaft für die Ersetzung der urbanen Öffentlichkeit durch eine „neue Innerlichkeit“ aufzubringen hat, nicht ebenso groß sind, weil durch die „Veröffentlichung“ der Innerlichkeit nicht nur die Urbanität als Lebensform zerstört wird, sondern auch das Private und Intime, von dem Reich-Ranicki zustimmend spricht, ausgehöhlt zu werden droht.